

Vorlage Stadtparlament

Datum	24. Juni 2025
Beschluss Nr.	603
Aktenplan	152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Oliver Wick, Marius Casaulta, David Jud und Remo Wäspe: Offene Drogenszene in der Stadt St.Gallen – Welche Sofortmassnahmen ergreift der Stadtrat?; schriftlich

Oliver Wick, Marius Casaulta, David Jud und Remo Wäspe sowie 34 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 29. April die beiliegende Interpellation «Offene Drogenszene in der Stadt St.Gallen – Welche Sofortmassnahmen ergreift der Stadtrat?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Der Konsum von Kokain und seinen Derivaten (Crack, Base) nimmt aktuell stark zu. Dabei handelt es sich nicht um ein spezifisches St.Galler Phänomen, sondern um einen europaweiten Trend. Ein übergreifender Treiber für eine Zunahme des Konsums scheint die Überproduktion der Kartelle zu sein, die versuchen, neue Märkte zu erschliessen. So werden derzeit Unmengen von Kokain auf den europäischen Markt gebracht, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Preise. Die Folgen sind in ganz Europa und auch in der Schweiz spürbar. Im öffentlichen Raum entstehen schweizweit wieder offene Szenen, die man nach den 1990er-Jahren dank einer erfolgreichen Drogenpolitik der Vergangenheit zurechnen zu dürfen glaubte.

Der Konsum der erschwinglich gewordenen Droge Kokain ist nicht nur in der Mitte der Gesellschaft angekommen, er führt auch zu einer Veränderung der bestehenden Drogenszenen. Die Zahl der Abhängigen hat zugenommen, ihr Verhalten nach dem Konsum hat sich verändert, und die Folgen zeigen sich in den verschiedenen Städten teilweise in dramatischem Ausmass. Der Konsum von Kokain/Crack macht die Konsumierenden aggressiver, enthemmter und lässt sie eher als früher Grenzen überschreiten. Im direkten Kontakt sind die Betroffenen oft sehr unruhig, laut, sie halten sich nicht an Regeln und zeigen sich oft gewaltbereiter. Dies trifft sowohl für den öffentlichen Raum als auch für die Einrichtungen der Stiftung Suchthilfe zu. Entsprechende Entwicklungen sind in mehreren Stadtquartieren – wenn auch punktuell – wahrnehmbar und finden oftmals mediale Beachtung. Die Stadt St.Gallen reagiert auf derartige Entwicklungen jeweils mit dem Einberufen Runder Tische. Diese bringen relevante Akteurinnen und Akteure – gemeinsam mit der Stadtpolizei und der Stiftung Suchthilfe – zusammen. Gemeinsam werden geeignete Interventionen und Massnahmen beschlossen und umgesetzt. Dadurch konnte die Belastung im öffentlichen Raum bislang spürbar reduziert und die Bildung grösserer Szenen erfolgreich verhindert werden.

2 Beantwortung der Fragen

1. *Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Situation des offenen Drogenkonsums innerhalb der Stadt St.Gallen?*

Das regelmässige Monitoring der «Spannungsfelder im öffentlichen Raum» durch Polizei, Kinder Jugend Familie (KJF) und Stiftung Suchthilfe (STSH) hat aufgezeigt, dass sich in den vergangenen Monaten fünf bis zehn Personen im öffentlichen Raum auffällig verhalten und offen konsumieren. Hinzu kommen circa 20 bis 30 weitere Personen, welche offen konsumieren, in der Regel aber weniger auffallen. Hintergrund ihres Verhaltens sind neben einer schweren Suchterkrankung (Kokain, Crack) oft gravierende psychische Erkrankungen. Diese Doppeldiagnosen (Komorbiditäten) führen dazu, dass bei den Erkrankten der exzessive Konsum ihre Tages- und Lebensgestaltung bestimmt. Die Betroffenen sind in einer sehr schlechten psychischen und physischen Verfassung. Die Konsequenzen sind für die Allgemeinbevölkerung spürbar, da Beschaffungskriminalität, ungezügelter Konsum und Verhaltensauffälligkeiten (Schreien, Drohen, Verwahrlosung) zunehmen. Diese Auffälligkeiten sind unübersehbar und hinterlassen negativen, bleibenden Eindruck und prägen sich ins Bewusstsein ein.

Hervorzuheben ist aber, dass es sich um einzelne Suchtkranke handelt, die durch auffälliges Verhalten im öffentlichen Raum in Erscheinung treten. Im Vergleich zu anderen Städten wie Genf, Zürich oder Lausanne wird eine Ausweitung des öffentlichen Konsums auf eine grössere Gruppe oder Szenebildung durch gezielte und intensivierte Intervention und Zusammenarbeit verhindert. Das Verhalten dieser Personen beeinflusst aber wiederum auch die Menschen, die sich zeitgleich an den gleichen Orten aufhalten. Mit vereinten Kräften (Polizei, sämtliche Betriebe der Stiftung Suchthilfe) und durch das Instrument der schnell einberufenen Runden Tische wie z.B. in den Quartieren Lachen und Lindebühl konnte der Entwicklung einer offenen Drogenszene bislang erfolgreich entgegengewirkt werden. Flankierende Angebote wie das Projekt «Plan W» gegen drohenden Wohnungsverlust, die Erweiterung des Wohnangebots «Arche» für suchtkranke Menschen von sechs auf zwölf Plätze, die Angebotsausweitung des «Blauen Engel» im Katharinenhof und Angebotsanpassungen der Suchtfachstelle sowie eine enge Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Diensten tragen dazu bei, dass der öffentliche Raum in St.Gallen nur punktuell überbelastet ist. Der Mehraufwand ist jedoch hoch: Sämtliche Institutionen sind an der Belastungsgrenze und gehen seit nunmehr vier Jahren über ihre eigentlichen Ressourcen hinaus.

2. *Ist der Stadtrat bereit, Sofortmassnahmen mit einfachen Methoden innert weniger Wochen zu ergreifen?*

Diese komplexen Problemstellungen lassen sich nur sehr beschränkt mit einfachen, schnell umsetzbaren Methoden unmittelbar lösen. So war es beispielsweise in Zürich nur möglich, die Herausforderungen der Bäckeranlage¹ schnell zu verändern, weil Angebote wie der Konsumraum «Kasernenareal» wieder reaktiviert werden konnten. Parallel dazu wurden die aufsuchenden Interventionen und die Polizeiarbeit intensiviert.

Die Stadt und die Stiftung Suchthilfe prüfen derzeit verschiedene Optionen. Mögliche Ansätze reichen von kurzfristig realisierbaren, mobilen Übergangslösungen als provisorisches Angebot über mittel- bis längerfristige Betriebe in Form von Ergänzungen oder Erweiterungen bestehender Strukturen.

¹ Siehe beispielsweise [Bäckeranlage Zürich: So begegnen Familien der Drogenszene | Tages-Anzeiger](#) im Tagesanzeiger vom 29.04.2025.

Sämtliche Angebote müssen über die nötigen Bewilligungen verfügen. So müssen nicht nur medizinische und strafrechtliche Vorgaben berücksichtigt werden, sondern auch allfällige Rahmenbedingungen wie etwa Baubewilligungen abgeklärt werden. Zudem benötigen die Angebote gut ausgebildetes Personal, das in dem sehr anspruchsvollen Tätigkeitsfeld über ausreichend Erfahrungen verfügt. Die Abklärungen der Optionen laufen derzeit auf Hochdruck und ergebnisoffen – im engen Austausch mit den betroffenen Institutionen und unter Einbezug der relevanten Kriterien. Zu beachten sind bei den Abklärungen auch die mutmasslich unterschiedlichen Bedürfnisse der unmittelbaren Umgebung (Anwohnende, Geschäftstreibende etc.).

Aus polizeilicher Sicht ist festzuhalten, dass die Stadtpolizei bereits ab Frühling 2023 auf die besorgniserregende Entwicklung in der Crack-Problematik reagierte. Aufgrund der bestehenden Situation wird weiterhin ein hoher personeller Aufwand betrieben. Dabei stehen aus Sicht der Stadtpolizei die folgenden Massnahmen im Vordergrund:

- Die sichtbare Präsenz erhöhen und Brennpunktkontrollen intensivieren:
 - Verstärkte Patrouillentätigkeit an den einschlägigen Örtlichkeiten (z. B. Kantonsschulpark, Stadtpark, Markplatz/Bohl, Rund um die Gassenküche, Restaurant Katharinenhofe, Bahnhofsa-real etc.);
 - Zivile Überwachungen mit gezielten Anhaltungen in Bezug auf Drogenhandel bzw. offenen Drogenkonsum, dies gerade auch in Kooperation mit der Kantonspolizei;
 - Sichtbare Kontrollen an den erwähnten Örtlichkeiten (Prävention).
- Zusammenarbeit vor Ort stärken:
 - Permanenter und enger Austausch mit der Stiftung Suchthilfe;
 - Absprachen mit der Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit (FASA), zwecks direkter Vermittlung von suchtkranken Personen an geeignete Hilfsangebote;
 - Koordination mit Stadtgrün, Tiefbauamt oder auch Entsorgung betreffend die Entfernung von Sitzgelegenheiten, den Rückschnitt von Sträuchern oder die Reinigung von Hotspots etc.
- Öffentlichkeit informieren und einbinden
 - Erhöhung der Ansprechbarkeit für Anwohnende und andere Akteure («Runde Tische», QP-Präsenz, mobile Polizeiposten etc.);
 - Schaffung von Transparenz durch mediale Arbeit.

3. Mit welchen Kosten wäre für allfällige Sofortmassnahmen (Bsp. provisorische Containeranlagen inkl. zeitlicher Bewachung durch einen Sicherheitsdienst) zu rechnen?

Die mutmasslichen Kosten schwanken sehr stark und hängen vom jeweiligen Angebot und dem damit verbunden Aufwand ab. Sie setzen sich zusammen aus einmaligen Investitionskosten wie Beschaffung der Anlage, Bewilligungen und laufenden Kosten wie Material und Personalkosten. Eine klare Aussage ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

4. Hat der Stadtrat Pläne, wie man auf eine mögliche Verbreitung von Fentanyl reagieren würde (Bsp. Ausgabe Narcan-Spray an Blaulichtorganisationen)?

In der Schweiz ist Fentanyl auf dem Schwarzmarkt momentan kaum verbreitet. Die genaue Entwicklung ist nicht vorhersehbar. Eine zukünftige Ausweitung kann nicht ausgeschlossen werden, doch besteht aktuell kein akuter Handlungsbedarf. Auch Überdosierungen durch Heroin treten in der Stadt St.Gallen nur vereinzelt auf.

Naloxon ist ein Wirkstoff, der die Effekte der Opiate aufhebt und deshalb bei akuter Überdosierung eingesetzt werden kann. Narcan wiederum ist der Markenname eines Medikaments mit dem Wirkstoff Naloxon und wird unter anderem als Nasenspray verabreicht. Der Zugang zu Naloxon-Nasensprays ist in der Schweiz – insbesondere im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – eingeschränkt. Eine flächendeckende Versorgung besteht nicht, eine Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist bisher nicht geregelt. Zudem ist die Beschaffung über Apotheken oder aus dem Ausland mit organisatorischen Hürden verbunden. Während die Stadt Zürich präventiv Naloxon-Sprays beschafft hat, verzichtet etwa die Stadt Basel darauf und setzt vermehrt auf Drogenmonitoring. Derzeit darf in der Schweiz Naloxon nur durch medizinisches Personal eingesetzt werden, Rettungssanität und Spitäler verfügen über den Wirkstoff

Auch wenn aus Sicht der Stadt St.Gallen kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, erachtet der Stadtrat ein koordiniertes, überregionales Vorgehen als zielführend. Sollte das Bundesamt für Gesundheit künftig klare Rahmenbedingungen zu Zulassung, Finanzierung und Abgabe definieren, wäre zu prüfen, ob und in welcher Form auch in St.Gallen entsprechende Programme umgesetzt werden könnten.

5. Welche Rolle sieht der Stadtrat für die Polizei bei einer sich akzentuierenden offenen Drogenszene?

Der Stadtrat sieht die Stadtpolizei als wichtige Akteurin in der Drogenpolitik. Ein zentrales Ziel ihrer Arbeit ist es, eine offene Drogenszene zu verhindern. Dabei geht es nicht nur um polizeiliche Massnahmen, sondern auch um enge Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und anderen städtischen Stellen. Gemeinsam mit der Stiftung Suchthilfe, dem KJF, den Sozialen Diensten, der Dienststelle Stadtgrün, dem Tiefbauamt und der Entsorgung St.Gallen wird ein integrativer Ansatz verfolgt und damit eine gezielte Abstimmung von Massnahmen, wie zum Beispiel im infrastrukturellen Bereich (Parkbänke, Abfallentsorgung, Reinigung der Toiletten, Zurückschneiden von Sträuchern etc.) und bei der Vermittlung suchtkranker Personen an passende Hilfsangebote. Die Stadtpolizei nimmt zusammen mit der Stiftung Suchthilfe auch koordinierende Aufgaben im Rahmen von «Runden Tischen» wahr und pflegt den Austausch mit lokalen Akteuren, Fachstellen und der Bevölkerung. Zur Stärkung von Prävention und Repression wird die sichtbare Präsenz an Brennpunkten durch vermehrte Patrouillen und Personenkontrollen erhöht. Zivile Überwachungen ermöglichen gezielte Anhaltungen bei Drogenhandel und -konsum. Ergänzend finden regelmässige Schwerpunktaktionen statt. Wegweisungen mit Fernhaltungen erfolgen dort, wo es rechtlich möglich ist.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Dario Schönenberger

Beilage:

- Interpellation vom 29. April 2025